

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Parlament

Bern, 9. Februar 2026 / cts
VL_CBAM_d

Elektronischer Versand: vnl-klima@bafu.admin.ch

Bundesgesetz über den CO₂-Grenzausgleich bei der Einfuhr von Zementwaren (CO₂-GAZG) – Umsetzung der parlamentarischen Initiative 21.432: Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die FDP befürwortet das Bundesgesetz über den CO₂-Grenzausgleich bei der Einfuhr von Zementwaren, da es eine schlanke und zielgerichtete Umsetzung der parlamentarischen Initiative 21.432 ermöglicht. Durch diese Lösung wird die Zementproduktion in der Schweiz nachhaltig gesichert. Die hiesige Branche erhält dadurch gleiche Wettbewerbsbedingungen gegenüber der Konkurrenz aus Drittstaaten, die oft deutlich weniger strengen Umweltvorschriften unterliegen. Somit wird ein fairer Wettbewerb gewährleistet und eine Abwanderung der Produktion ins Ausland aufgrund regulatorischer Differenzen verhindert.

Für die FDP ist dabei jedoch von zentraler Bedeutung, dass der Entwurf keine neuen administrativen Hürden oder regulatorischen Unklarheiten schafft. Die Partei fordert daher mit Nachdruck, dass der Geltungsbereich des Grenzausgleichsmechanismus strikt auf Zement beschränkt bleibt und keine weiteren Sektoren einbezogen werden. Jede Ausweitung des Anwendungsbereichs – ungeachtet ihrer Begründung – wird abgelehnt. Es darf hier keinesfalls im Sinne einer Salamtaktik ein Präzedenzfall geschaffen werden, der den Weg für eine allgemeine Ausweitung des Grenzausgleichs ebnet.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Co-Präsident



Benjamin Mühleemann
Ständerat

Die Co-Präsidentin



Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin

Der Generalsekretär



Jonas Projer